



Offizielle Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 12.08.2015:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info sowie ria.ru

Dan-news.info: „Treffen der Mitglieder der Kontaktgruppe und der Untergruppen sind für den 8. und den 22. September und dann für den 6. und 20. Oktober geplant“, erklärte heute der Leiter der Delegation der DVR bei den Verhandlungen, der stellvertretende Sprecher des Volkssowjets Denis Puschilin.

Zuvor war mitgeteilt worden, dass das nächste persönliche Treffen der Kontaktgruppe und der thematischen Untergruppen in Minsk für den 26. August geplant ist, heute wurden Verhandlungen der Untergruppe zu politischen Fragen im Rahmen einer Videokonferenz durchgeführt.

Lug-info.com: Vertreter Kiews haben während der heute stattgefundenen Videokonferenz bestätigt, dass die örtlichen Wahlen im Donbass durch ein gesondertes Gesetz geregelt werden müssen. Dies teilte eine Quelle aus der Nähe der Verhandlungen mit.

„Die ukrainische Seite hat bestätigt, dass die örtlichen Wahlen im Donbass durch ein gesondertes Gesetz geregelt werden müssen und nicht durch das Gesetz der Ukraine über örtliche Wahlen, das schon im Juli dieses Jahres angenommen wurde“, sagte er.

„Vermutlich findet das nächste Treffen der Untergruppe, ebenfalls als Videokonferenz, am 19. August statt. Dort ist geplant, die Fassung des Vertreters der ukrainischen Seite Roman Bessmertnyj von Paragraph 10 des Gesetzes über den besonderen Status zu erörtern. Drei Varianten dieses Artikels haben die Vertreter der LVR und der DVR bereits vorher zur Erörterung eingereicht“, erklärte der Gesprächspartner der Agentur.

Dan-news.info: Ein Sinken der Zahl der Artilleriebeschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte ist praktisch das einzige Ergebnis des Friedensprozesses im Rahmen des Maßnahmekomplexes, der vor genau einem Jahr in Minsk beschlossen wurde, erklärte heute der Vorsitzende des Volkssowjets der DVR Andrej Purgin.

„Tatsächlich sind in dem halben Jahr keinerlei Fragen aus den 12 Punkten gelöst worden. Nur das erste Problem wurde teilweise gelöst, das heißt die Zahl der Beschüsse mit schweren Waffen ist weniger geworden. Aber dieses Plus ist äußerst lokal begrenzt“, sagte er.

Nach den Worten Purgins hat sich in Beziehung auf die übrigen Punkte des Maßnahmekomplexes durch die ukrainische Seite die Situation „verschlechtert“. „Die Ukraine

hat schon irgendwelche Gesetzgebungsakte angenommen, die unterschrieben und in Kraft gesetzt sind. Diese Dokumente hätten mit uns abgestimmt werden müssen. Zum großen Teil hat die Ukraine den Maßnahmenkomplex zum Scheitern gebracht“, fasste der Sprecher des Parlaments der Republik zusammen.